

März 2016

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage.....	1
Zusammenfassung	2
Verhältnisse in Deutschland: Sieben von zehn beunruhigt	4
Politikerbewertung: Merkel legt zu, Seehofer verliert	5
Sechs von zehn unzufrieden mit der Bundesregierung	6
Mehrheit unzufrieden mit Merkels Flüchtlingspolitik	7
Flüchtlingsaufnahme: Weiterhin Mehrheit für Obergrenze	8
Flüchtlingszuwanderung: Sorge über Anstieg der Kriminalität und stärkere Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt	9
Lösung der Flüchtlingskrise auf europäischer Ebene sinnvoll, aber in naher Zukunft nicht realisierbar	10
AfD: Drei Viertel fordern stärkere Abgrenzung von rechtsextremen Positionen	11
Acht von zehn schämen sich für fremdenfeindliche Übergriffe.....	12
Sonntagsfrage: AfD mit leichten Verlusten, aber weiter drittstärkste Kraft.	13

ARD – DeutschlandTREND März 2016

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)	
WDR-Autor	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Friederike Hofmann	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Heiko Gothe	030 53322-116
Erhebungsverfahren	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.005 Befragte Sonntagsfrage: 1.505 Befragte	
Erhebungszeitraum	26. bis 27. Februar 2016	
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-154
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Zusammenfassung

Die Grundstimmung in Deutschland ist weiterhin verhalten: 69 Prozent blicken mit Beunruhigung auf die Verhältnisse in Deutschland, lediglich 25 Prozent mit Zuversicht. Rund sechs von zehn sind sowohl mit der Arbeit Bundesregierung (58 Prozent, -3 im Vergleich zum Februar) als auch mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik der Kanzlerin (59 Prozent) unzufrieden. Auch in der Unions-Anhängerschaft überwiegt das positive Urteil über Merkels Flüchtlingspolitik nur knapp (55:45 Prozent). Den meisten Zuspruch in der Flüchtlingsthematik erhält die CDU-Kanzlerin von den Grünen-Anhängern (67:31 Prozent). Die Einführung einer Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland findet nach wie vor eine Mehrheit der Bundesbürger richtig (63 Prozent), während die Unterstützung für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen erneut zurückgegangen ist (49 Prozent, -4 Punkte im Vergleich zum Februar). Der Einsatz von NATO-Schiffen zur Grenzsicherung zwischen der Türkei und Griechenland findet ebenfalls bei der Hälfte der Bevölkerung Anklang (51 Prozent).

Die Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland ist bei einer Mehrheit der Bürger mit der Sorge verbunden, dass die Kriminalität hierzulande ansteigt (60 Prozent) und die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt größer wird (57 Prozent). Jeder zweite Deutsche sorgt sich, dass der Einfluss des Islams in Deutschland zu stark wird (50 Prozent) und sich die Art und Weise, wie wir in Deutschland leben, zu stark verändert (47 Prozent). Eine größere Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt befürchtet hingegen nur gut jeder Vierte (27 Prozent). Bemerkenswert ist: Bei Befragten, die nach eigenen Angaben bereits direkten Kontakt mit Flüchtlingen hatten, sind diese Sorgen weniger stark ausgeprägt als bei denjenigen ohne direkten Kontakt.

Nach den Ereignissen in Clausnitz und Bautzen beklagen 58 Prozent der Bundesbürger, dass von den Behörden nicht genug getan wird, um Ausländer und Flüchtlinge vor fremdenfeindlichen Übergriffen zu schützen. Im Vergleich zum September letzten Jahres hat sich die Kritik an den Behörden damit nochmals verstärkt (+8). Auch fordern drei Viertel (76 Prozent), dass Übergriffe gegen Flüchtlinge von der Politik stärker verurteilt werden sollten. Gut acht von zehn Deutschen (83 Prozent) schämen sich für die gewalttätigen Proteste.

Der AfD werfen drei Viertel (76 Prozent) vor, sich nicht genug von rechtsextremen Positionen zu distanzieren – eine Einschätzung, die selbst von jedem zweiten AfD-Anhänger geteilt wird. Ein Drittel (33 Prozent) der Bürger findet es gut, dass die AfD den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen stärker begrenzen will als andere Parteien. Rund jeder Sechste (17 Prozent) empfindet die AfD als eine gute Alternative für diejenigen, die sich bei den etablierten Parteien nicht mehr aufgehoben fühlen.

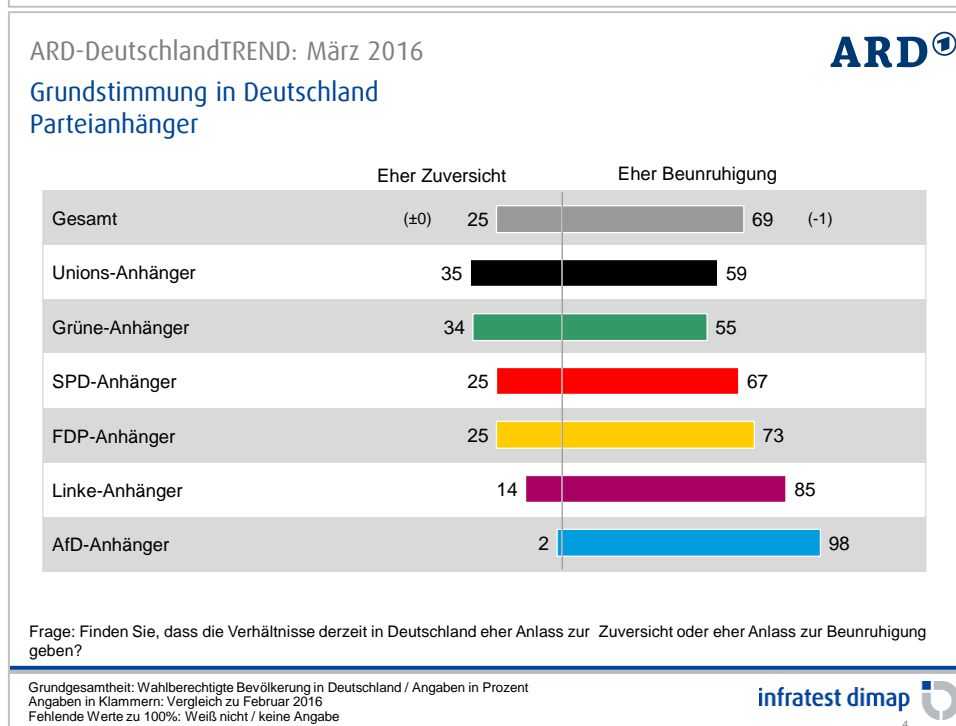
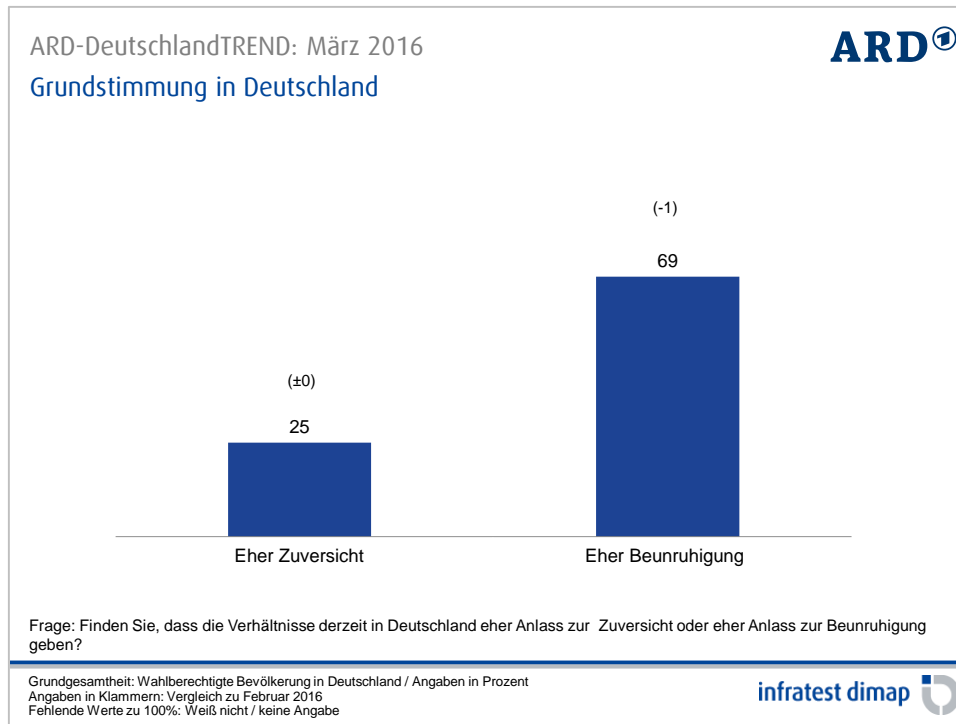
Unmittelbar nach der Verabschiedung des „Asylpakets 2“ im Bundestag vermag die Bundeskanzlerin ihren Rückhalt in der Bevölkerung wieder zu steigern: Aktuell sind 54 Prozent der Wahlberechtigten mit ihrer Arbeit zufrieden – ein Plus von 8 Punkten im Vergleich zum Vormonat. Der CSU-Chef Horst Seehofer verliert hingegen (38 Prozent, -7) an Zustimmung. Merkels Streben nach einer europäischen Lösung der Flüchtlingskrise finden drei Viertel der Deutschen (77 Prozent) sinnvoll. Lediglich 20 Prozent halten eine nationale Lösung für sinnvoller. Einzig die Anhänger der AfD plädieren mehrheitlich (53 Prozent) für eine nationale Lösung. Allerdings sind knapp zwei Drittel der Bundesbürger (64 Prozent) der

Meinung, dass eine Lösung auf europäischer Ebene in naher Zukunft nicht realisierbar sein wird. Die Haltung der Bevölkerung zur geplanten Vereinbarung mit der Türkei ist gespalten und wird von 46 Prozent als eher gut, von 49 Prozent als eher schlecht bewertet.

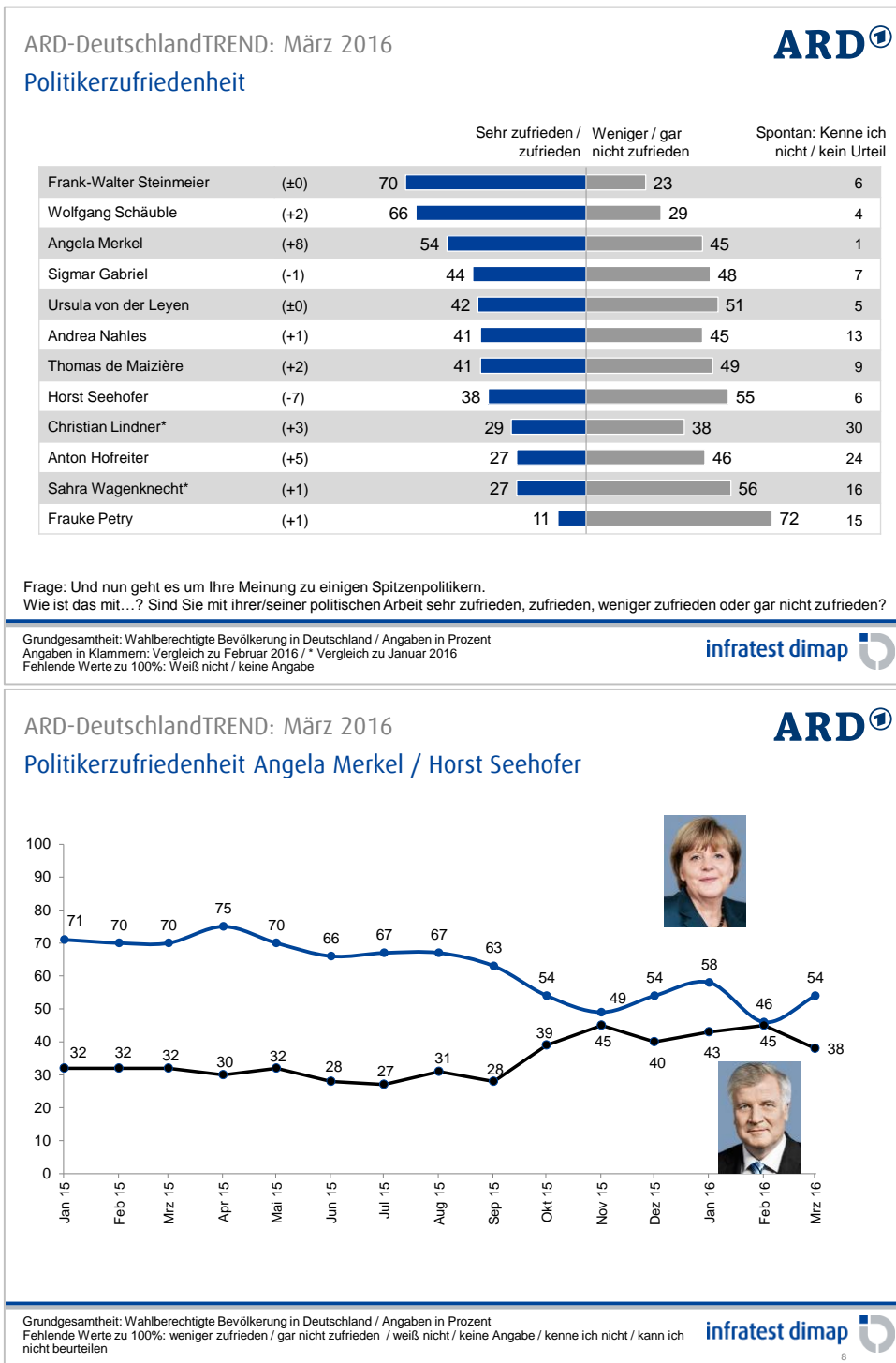
Nach ihrem Stimmungstief im letzten Monat kann sich die Union im März zwar leicht verbessern, ohne jedoch die Werte von Januar wieder zu erreichen: Derzeit würden sich 36 Prozent für die CDU/CSU entscheiden (+1 Punkt) – der zweitniedrigste Wert der laufenden Legislaturperiode. Die SPD käme auf 23 Prozent (-1). Die Oppositionsparteien im Bundestag, Grüne (10 Prozent, +/-0) und Linke (9 Prozent, +/-0) halten ihre Stimmenanteile stabil zum Vormonat. Während sich die FDP leicht verbessern kann (6 Prozent, +1), schneidet die AfD etwas schwächer als im Februar ab (11 Prozent, -1), bliebe jedoch drittstärkste Kraft.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND März 2016, den infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT erstellt hat.

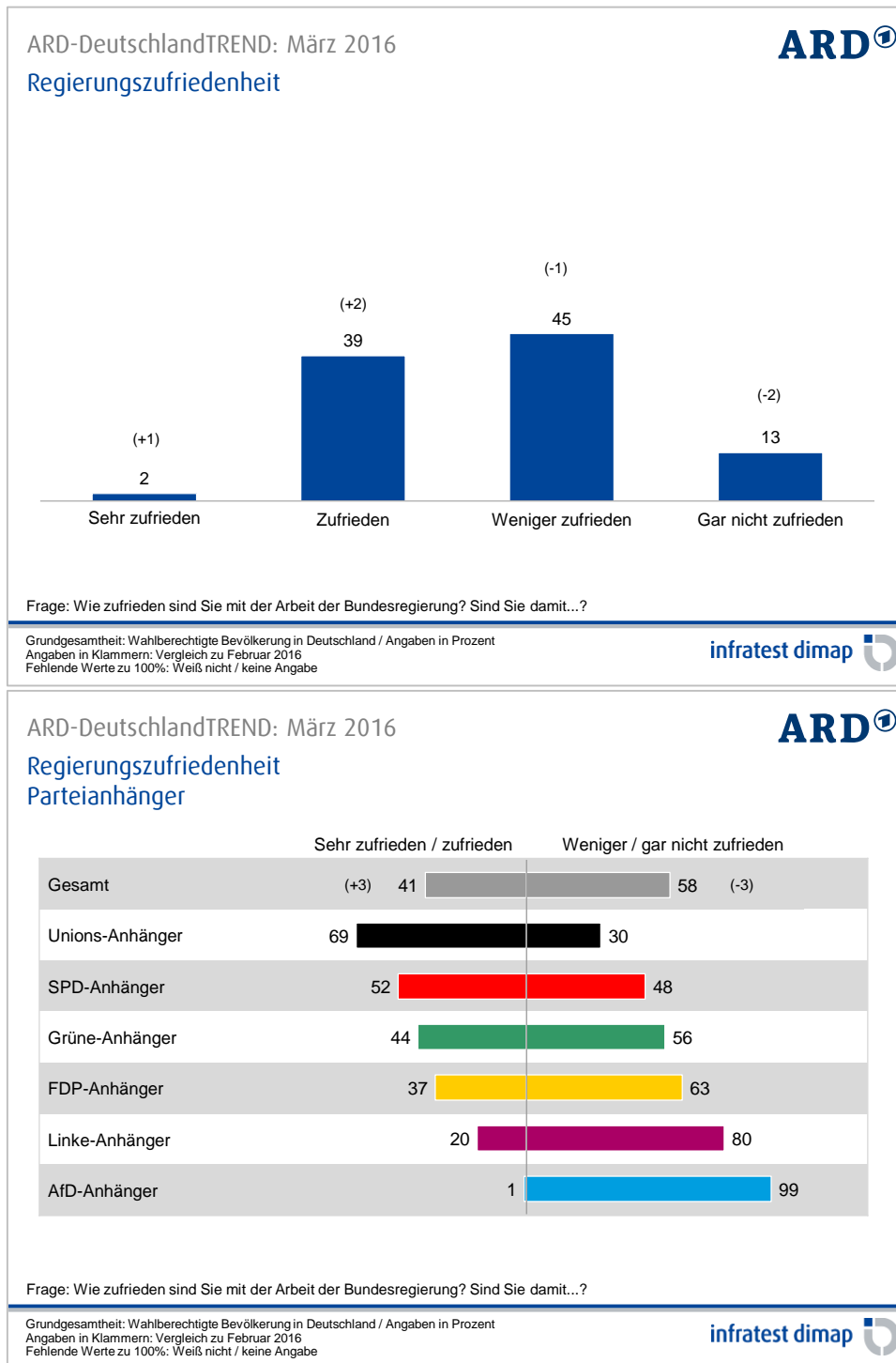
Verhältnisse in Deutschland: Sieben von zehn beunruhigt



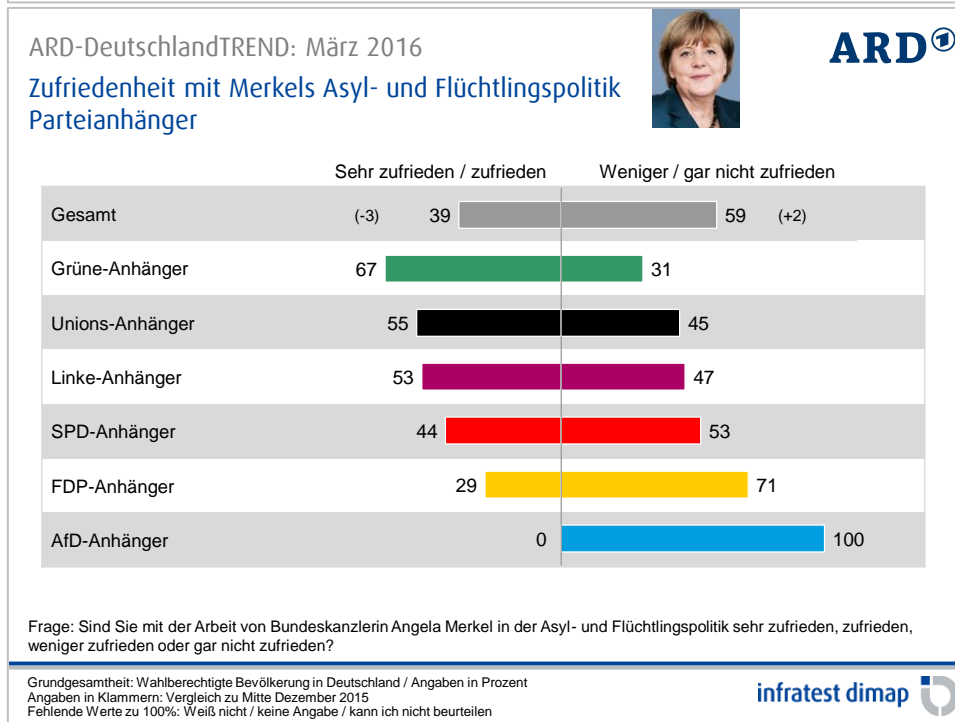
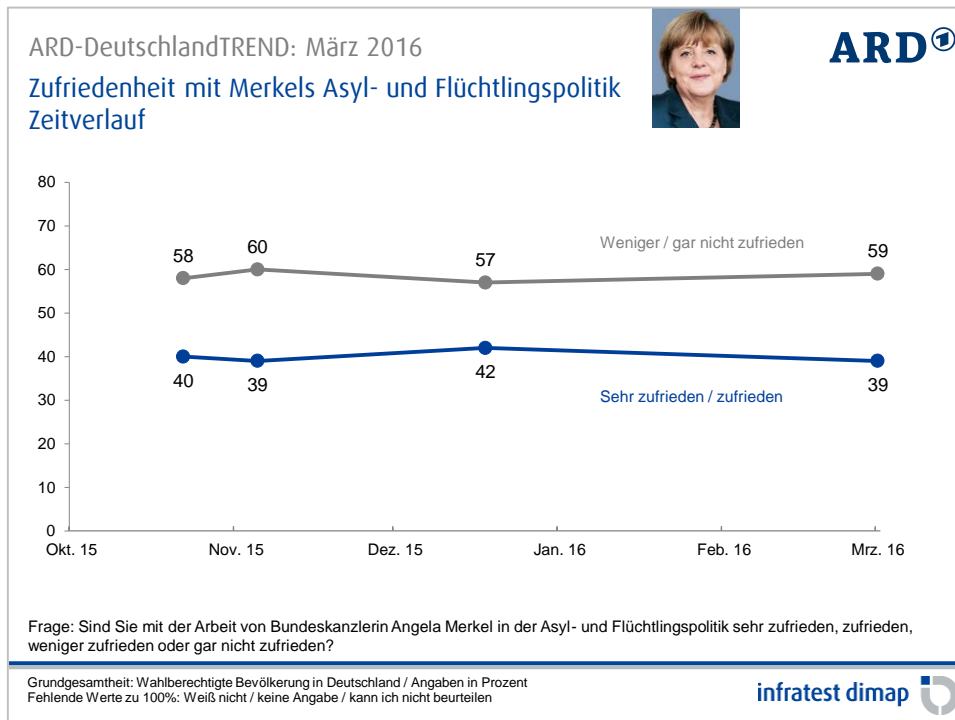
Politikerbewertung: Merkel legt zu, Seehofer verliert



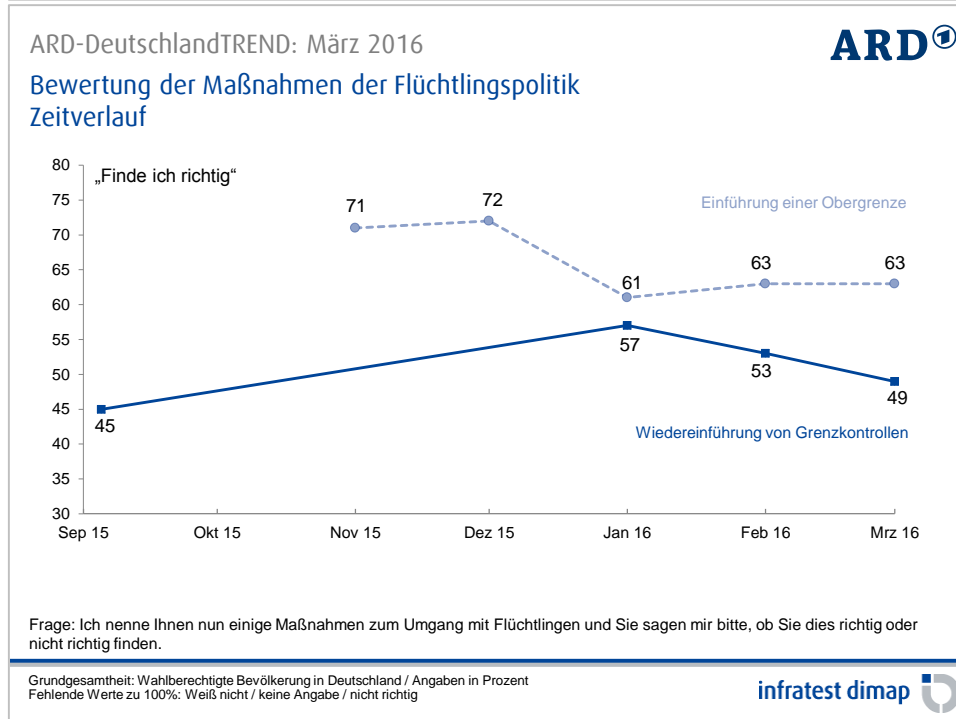
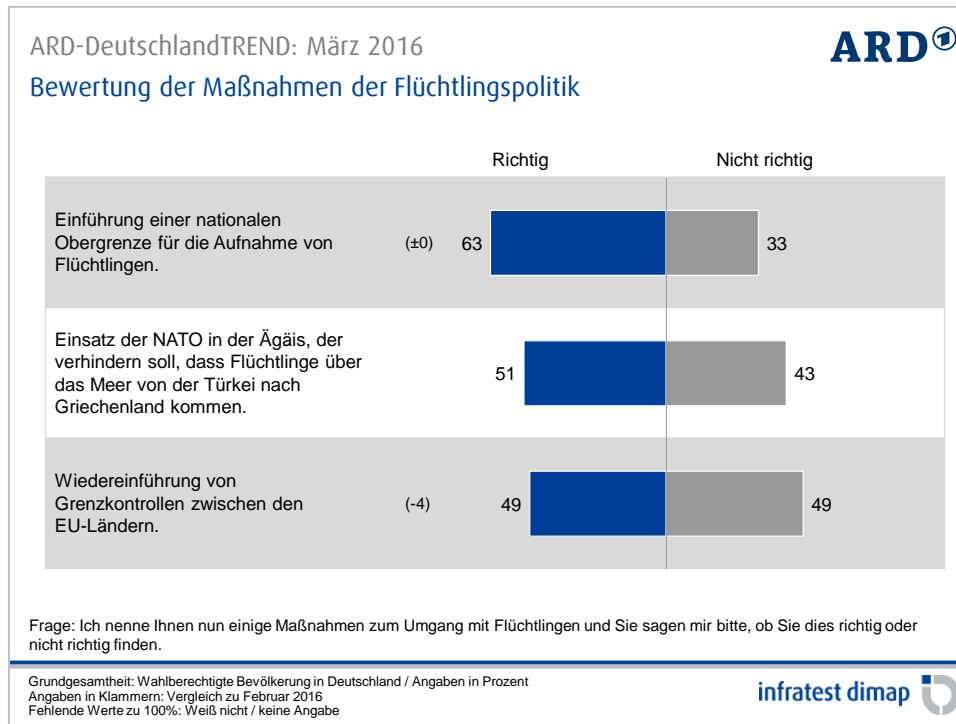
Sechs von zehn unzufrieden mit der Bundesregierung



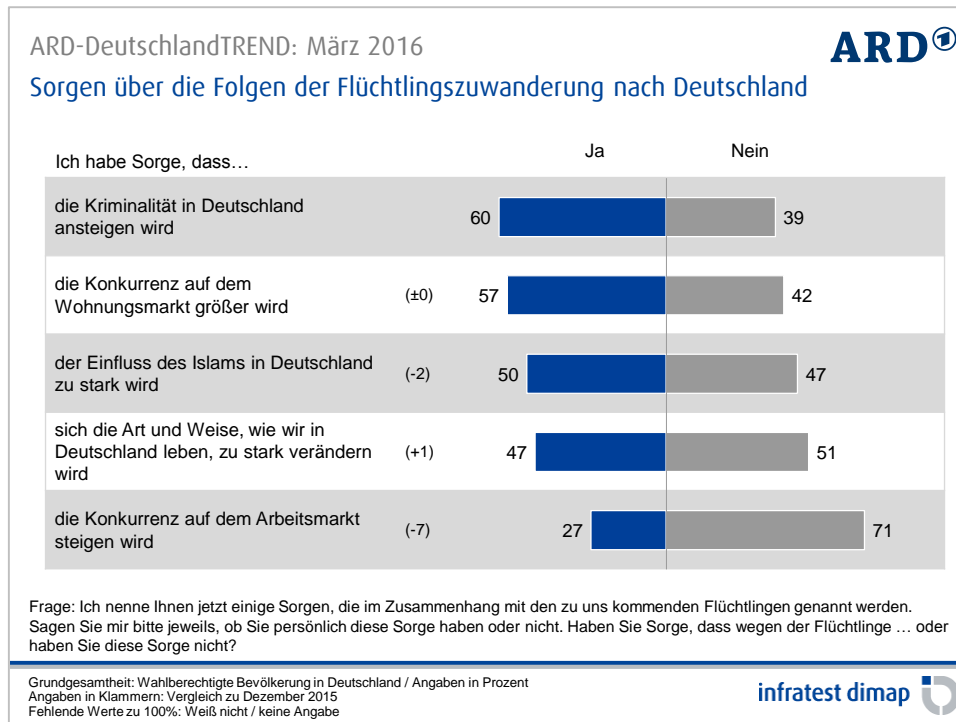
Mehrheit unzufrieden mit Merkels Flüchtlingspolitik



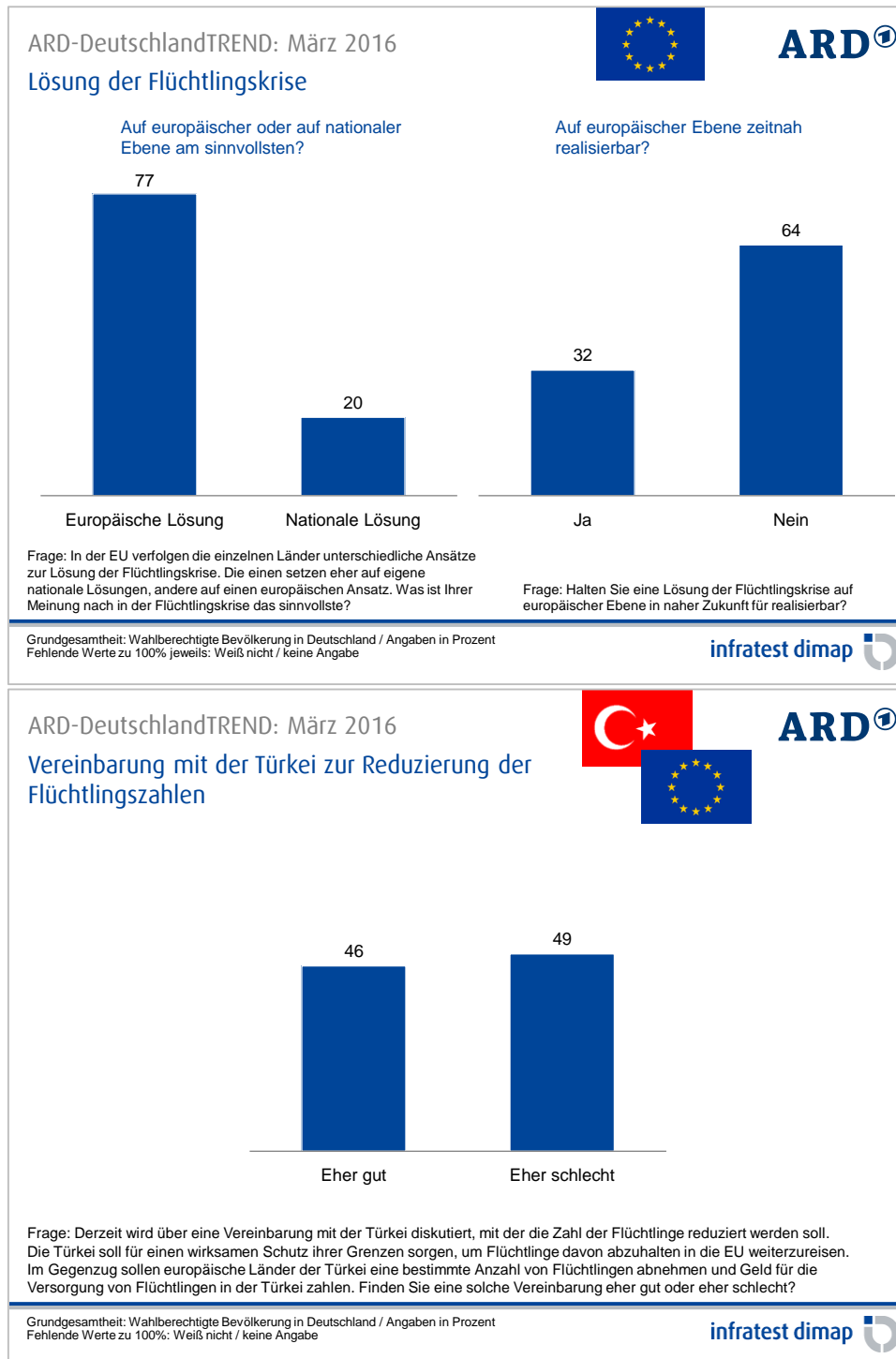
Flüchtlingsaufnahme: Weiterhin Mehrheit für Obergrenze



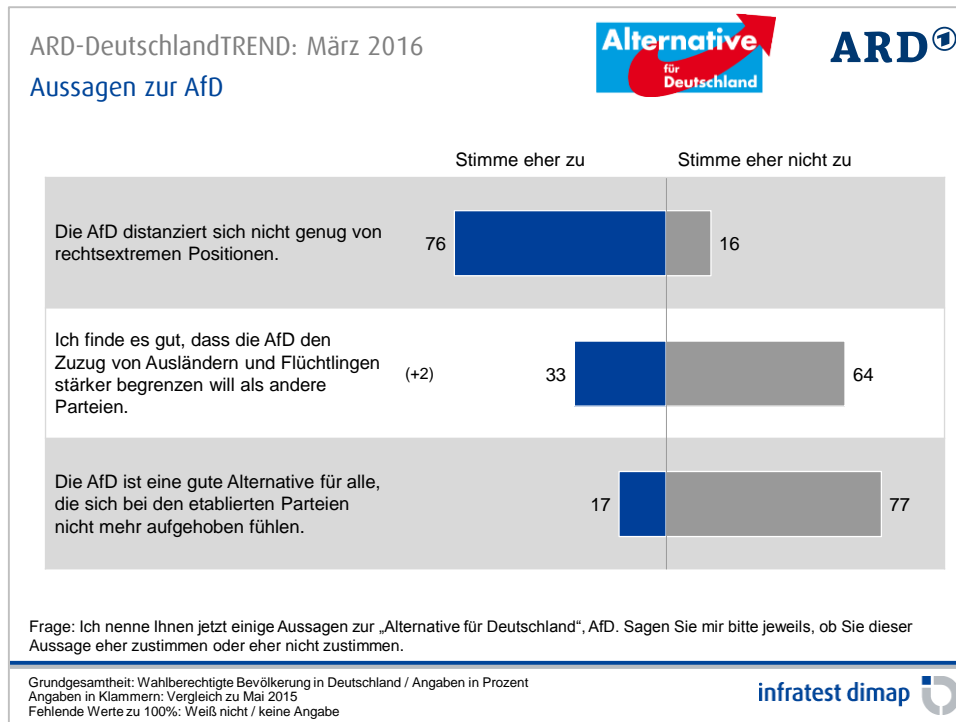
Flüchtlingzuwanderung: Sorge über Anstieg der Kriminalität und stärkere Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt



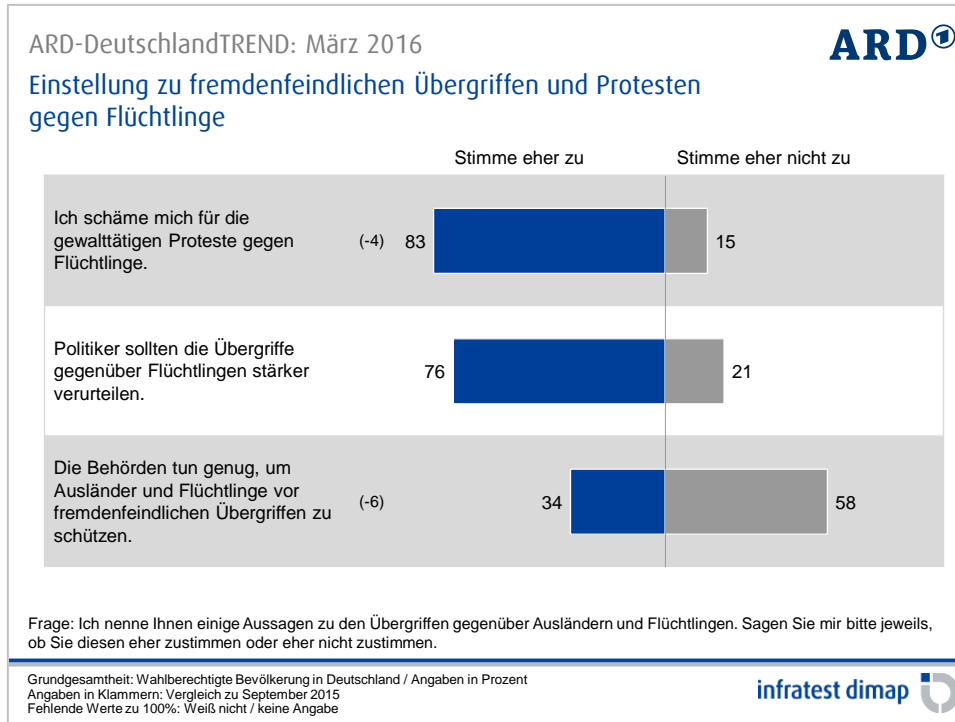
Lösung der Flüchtlingskrise auf europäischer Ebene sinnvoll, aber in naher Zukunft nicht realisierbar



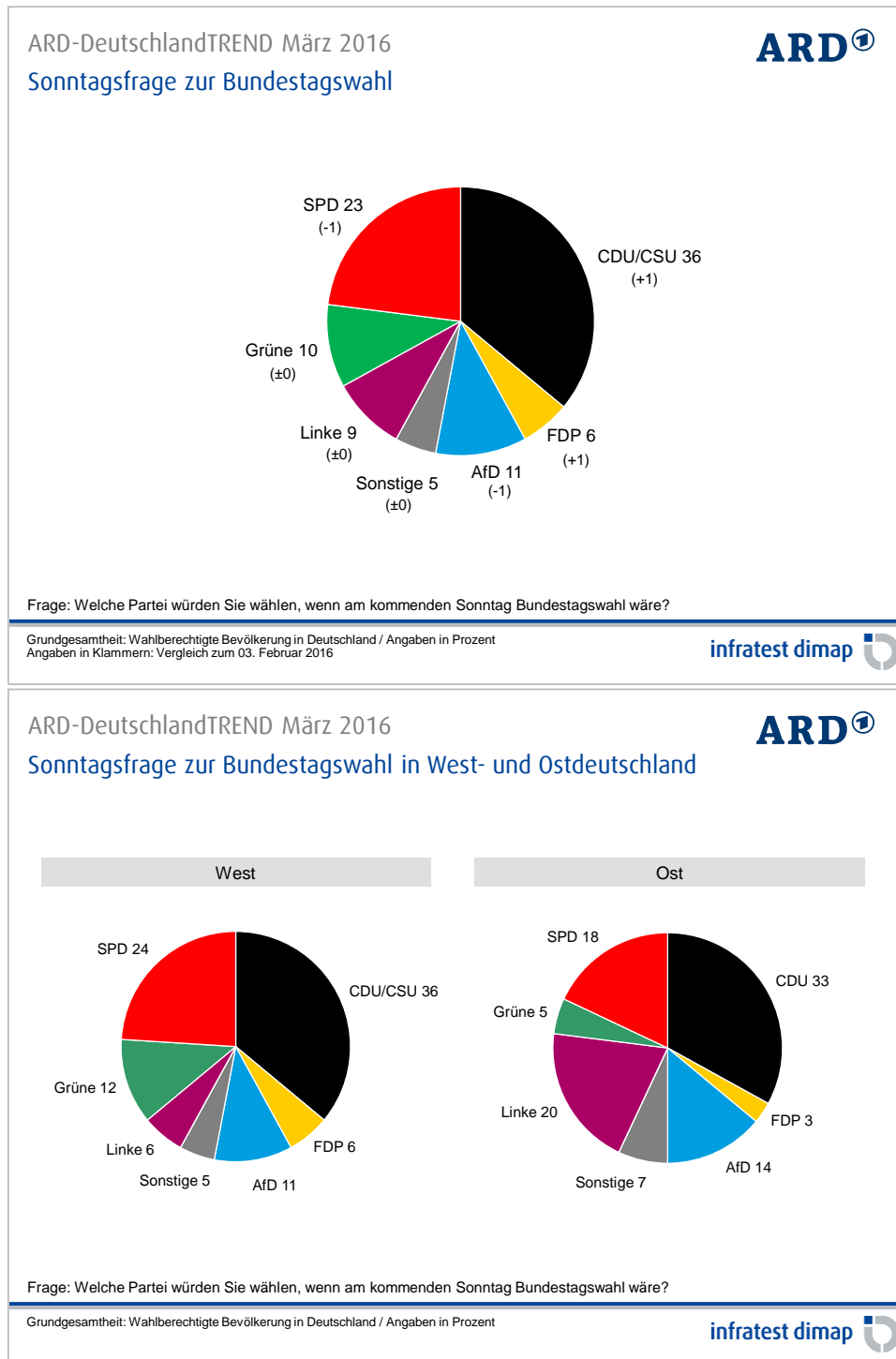
AfD: Drei Viertel fordern stärkere Abgrenzung von rechtsextremen Positionen

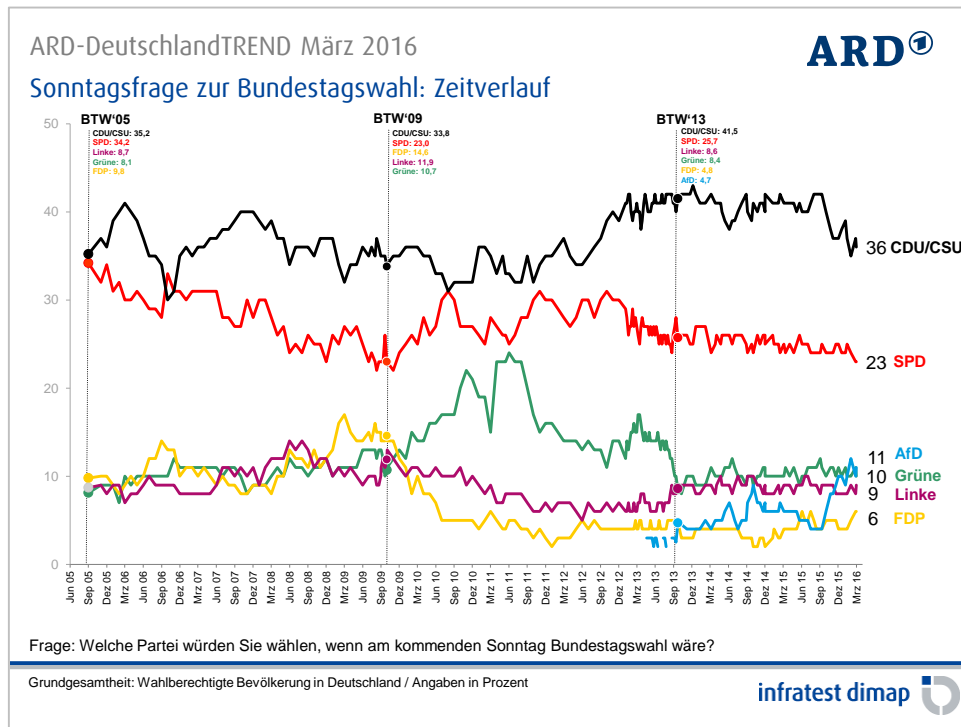


Acht von zehn schämen sich für fremdenfeindliche Übergriffe



Sonntagsfrage: AfD mit leichten Verlusten, aber weiter drittstärkste Kraft





Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

--
Michael Kunert / Reinhard Schlinkert